

Zustand der Meinungsfreiheit in Europa (2024–2025): Eine vergleichende Analyse staatlicher und parlamentarischer Dokumente

Executive Summary

Der vorliegende Forschungsbericht bietet eine umfassende Analyse des Zustands der Meinungs-, Presse- und Versammlungsfreiheit in Europa im Zeitraum 2024 bis Anfang 2025. Im Gegensatz zu herkömmlichen Analysen, die sich primär auf die Bewertungen von Nichtregierungsorganisationen (NGOs) stützen, basiert diese Untersuchung ausschließlich auf **offiziellen Regierungs- und Parlamentsdokumenten**. Diese methodische Restriktion enthüllt eine tiefgreifende Diskrepanz in der Wahrnehmung europäischer Grundrechte: Während europäische Institutionen die Bedrohungen der Meinungsfreiheit vornehmlich als regulatorische Herausforderungen (Medienkonzentration, SLAPPs, digitale Plattformen) begreifen, artikulieren externe staatliche Akteure – insbesondere die USA, Russland, China und Vertreter des Globalen Südens – eine fundamentale Kritik an der europäischen Praxis. Die Analyse der Dokumente zeigt, dass Europa im Berichtszeitraum zum Schauplatz eines globalen „Narrativ-Krieges“ geworden ist. Die Berichte des US-Außenministeriums und der Helsinki-Kommission identifizieren eine Erosion bürgerlicher Freiheiten durch übermäßige Regulierung („Zensur-Industrie“) und mangelnden Schutz vor transnationaler Repression. Gleichzeitig nutzen Russland und China ihre staatlichen Menschenrechtsberichte, um Europa eine systematische Doppelmoral vorzuwerfen, insbesondere im Hinblick auf den Umgang mit pro-palästinensischen Protesten und die Sperrung russischer Medien.

Ein zentraler Befund ist die herausragende Rolle der Berichterstattung von **Francesca Albanese**, der UN-Sonderberichterstatterin für die besetzten palästinensischen Gebiete. Ihre Berichte dienen als Scharnier zwischen innenpolitischer Repression in Europa und außenpolitischer Komplizenschaft, indem sie argumentieren, dass die Unterdrückung der Meinungsfreiheit in Europa eine notwendige Bedingung für die Aufrechterhaltung der Unterstützung Israels sei.

Intern deuten parlamentarische Untersuchungsausschüsse (z.B. PEGA, LIBE, Deutscher Bundestag) auf eine strukturelle Krise hin, die durch den Einsatz von Spyware gegen Journalisten, zunehmende physische Gewalt gegen Medienschaffende und die Instrumentalisierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks gekennzeichnet ist. Der Bericht kommt zu dem Schluss, dass sich Europa von einem Modell der „liberalen Offenheit“ hin zu einer „defensiven Demokratie“ bewegt, in der Sicherheitsinteressen und geopolitische Allianzen zunehmend die Grenzen des Sagbaren definieren.

1. Einleitung: Die geopolitische Fragmentierung der Meinungsfreiheit

Die Jahre 2024 und 2025 markieren eine Zäsur in der Dokumentation und Bewertung der Meinungsfreiheit in Europa. War das europäische Selbstverständnis lange Zeit davon geprägt, als globaler Standardsetzer für Medienfreiheit und diskursiven Pluralismus zu fungieren, so spiegeln die untersuchten Regierungsberichte eine zunehmende Fragilität dieses Anspruchs wider. Die Analyse der Primärquellen offenbart, dass „Meinungsfreiheit“ nicht länger als universell akzeptierter Standard, sondern als geopolitisch umkämpftes Terrain verhandelt wird.

1.1 Methodik und Quellenbasis

Dieser Bericht stützt sich auf eine rigorose Auswertung von Primärquellen staatlicher Provenienz:

- **Multilaterale Mandatsträger:** Berichte der UN-Sonderberichterstattung (spezifisch Mandat Albanese) und Dokumente des UN-Menschenrechtsrats (UPR-Verfahren).
- **Transatlantische Partner:** Die „Country Reports on Human Rights Practices“ des US State Department und Berichte der US-Helsinki-Kommission.
- **Strategische Rivalen und Globaler Süden:** Berichte des Außenministeriums der Russischen Föderation, des Staatsrats der Volksrepublik China sowie offizielle Stellungnahmen aus Indien, Südafrika und Aserbaidschan.
- **Interne Legislative:** Berichte der Europäischen Kommission (Rechtsstaatlichkeit), Entschließungen des Europäischen Parlaments sowie Drucksachen nationaler Parlamente (Bundestag, Assemblée nationale, House of Commons, etc.).

1.2 Der Kontext der "Polykrise"

Die untersuchten Dokumente verorten die Einschränkungen der Meinungsfreiheit fast einstimmig im Kontext multipler Krisen: des Krieges in der Ukraine, der Eskalation im Nahen Osten (Gaza) und der innenpolitischen Polarisation durch rechtspopulistische Bewegungen. Auffällig ist, dass externe Beobachter (sowohl USA als auch China) europäische Gesetze gegen „Hassrede“ und Desinformation zunehmend kritisch bewerten – wenn auch aus diametral entgegengesetzten Motiven.

2. Der "Albanese-Moment": UN-Sonderberichterstattung als systemische Kritik

Eine Sonderstellung in der Analyse nimmt die Berichterstattung von Francesca Albanese ein, der UN-Sonderberichterstatterin für die Situation der Menschenrechte in den seit 1967

besetzten palästinensischen Gebieten. Obwohl ihr Mandat geografisch auf die besetzten Gebiete beschränkt ist, weisen ihre Berichte (insbesondere A/80/492) und offiziellen Interventionen eine starke europäische Dimension auf. Sie konstruieren einen direkten Kausalzusammenhang zwischen der Außenpolitik europäischer Staaten und der Einschränkung bürgerlicher Freiheiten im Inneren.

2.1 Das Paradigma der "Drittstaaten-Komplizenschaft"

In ihrem Bericht **A/80/492**, betitelt „Gaza Genocide: a collective crime“ (Völkermord in Gaza: ein kollektives Verbrechen), entwickelt Albanese die These, dass die Gewalt in Gaza ein „international ermöglichtes Verbrechen“ sei.¹ Diese rechtliche Einordnung hat gravierende Implikationen für die Meinungsfreiheit in Europa:

- **Ideologische Unterstützung als Tatbeitrag:** Der Bericht argumentiert, dass westliche Staaten (implizit Deutschland, Frankreich, UK) nicht nur militärisch, sondern auch „ideologisch“ Unterstützung leisten, indem sie Narrative reproduzieren, die Völkerrechtsverletzungen rechtfertigen (z.B. die Rahmung als „Kampf der Zivilisation gegen die Barbarei“).
- **Die Notwendigkeit der Zensur:** Die logische Konsequenz dieser Argumentation ist, dass europäische Staaten, um diese „ideologische Unterstützung“ aufrechtzuerhalten, Gegennarrative unterdrücken müssen. Der Bericht legt nahe, dass die Kriminalisierung von Solidaritätsprotesten in Europa kein zufälliger Exzess der Polizeigewalt ist, sondern eine strukturelle Notwendigkeit, um die eigene außenpolitische Position vor demokratischer Kritik zu schützen.

2.2 Spezifische Kritik an europäischen Staaten

Albanese und assoziierte UN-Experten haben ihre Kritik in offiziellen Kommuniqués auf konkrete europäische Staaten ausgeweitet, wobei sie eine alarmierende Verengung des akademischen und öffentlichen Raums diagnostizieren.

2.2.1 Schweiz: Kriminalisierung akademischen Protests

Ein signifikanter Fall betrifft die Schweiz. Albanese äußerte gemeinsam mit anderen UN-Experten Besorgnis über strafrechtliche Sanktionen gegen Studierende der **ETH Zürich**, die gegen Partnerschaften der Universität mit israelischen Militärinstitutionen protestierten.²

- **Der Vorwurf:** Die UN-Experten kritisierten, dass die Universität und die Strafverfolgungsbehörden friedlichen studentischen Aktivismus kriminalisieren. Die Ausstellung von Strafbefehlen und Verurteilungen wegen Hausfriedensbruchs wird als Einschüchterungstaktik gewertet.
- **Strukturelles Defizit:** Der Bericht bemängelt das Fehlen einer „robusten institutionellen Aufsicht“ an der ETH Zürich bezüglich der Dual-Use-Forschung. Die Unterdrückung der studentischen Proteste wird somit als Versuch interpretiert, diese fehlende ethische Kontrolle vor öffentlicher Debatte zu abschirmen.

2.2.2 Vereinigtes Königreich: Terrorismusdefinition und Versammlungsfreiheit

Im Vereinigten Königreich intervenierte Albanese bezüglich der Behandlung inhaftierter pro-palästinensischer Aktivisten (z.B. der Gruppe *Palestine Action*). Die Kritik konzentriert sich auf die Anwendung des **Terrorism Act 2000**.²

- **Definitionsschärfe:** Die Experten argumentieren, dass die Definition von Terrorismus im britischen Recht „übermäßig breit“ (overbroad) sei. Dies erlaube es den Behörden, Formen des zivilen Ungehorsams und der politischen Meinungsäußerung als terroristische Aktivitäten zu klassifizieren und somit unverhältnismäßig hart zu bestrafen.
- **Hungerstreiks:** Die Berichterstatterin forderte die britische Regierung auf, die Rechte von Häftlingen im Hungerstreik zu schützen, und interpretierte deren Inhaftierung als Teil eines breiteren Musters der „Repression von Palästina-Aktivismus“.

2.2.3 Deutschland und Frankreich: Der Antisemitismus-Diskurs

Die wohl schärfste Konfrontation ergab sich mit den Regierungen Deutschlands und Frankreichs. Beide Staaten verurteilten Albanese für Aussagen, die sie als antisemitisch einstuften.³

- **Umkehrung des Vorwurfs:** Albanese konterte in ihren Berichten (u.a. *Genocide as Colonial Erasure*⁴), dass europäische Staaten den Antisemitismus-Vorwurf instrumentalisieren, um legitime Kritik an israelischer Staatspolitik zu delegitimieren.
- **Akademische Freiheit:** Die Absage von Vorträgen Albaneses und anderer Wissenschaftler an deutschen Universitäten wird in den UN-Dokumenten als Indikator für ein „Klima der Einschüchterung“ gewertet. Die Berichte suggerieren, dass Deutschland durch die Verengung des Diskursraums (z.B. durch Beschlüsse gegen die BDS-Bewegung) gegen seine Verpflichtungen aus dem Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte (IPBPR) verstöße.

2.3 Fazit zum Albanese-Bericht

Der „Albanese-Moment“ in der Berichterstattung 2024/2025 besteht darin, dass er die **Extraterritorialität der Meinungsfreiheit** betont. Er postuliert, dass die Freiheit in Europa direkt mit der Freiheit in Palästina korreliert: Solange europäische Staaten eine Besetzungs- und Kriegspolitik unterstützen, müssen sie zwangsläufig die Freiheitsrechte ihrer eigenen Bürger beschneiden, die gegen diese Politik aufbegehren.

3. Die transatlantische Revision: US-Regierungsberichte über Europa

Die Vereinigten Staaten überwachen durch das **Department of State** (Außenministerium) und die **Helsinki-Kommission** (CSCE) die Menschenrechtslage in Europa akribisch. Die Berichte der Jahre 2024 und 2025 markieren eine signifikante Verschiebung: Die USA betrachten Europa nicht mehr nur als demokratischen Partner, sondern zunehmend als Problemzone für die Meinungsfreiheit – teils wegen autoritärer Tendenzen (Ungarn), teils wegen

überbordender Regulierung (EU, Deutschland, UK).

3.1 Country Reports on Human Rights Practices (2024–2025)

Die jährlichen Menschenrechtsberichte des US-Außenministeriums (HRR) nutzen standardisierte Kategorien („Freedom of Expression“, „Internet Freedom“), um Abweichungen von demokratischen Normen zu dokumentieren.⁵

3.1.1 Deutschland: Die Ambivalenz der „Streitbaren Demokratie“

Der Bericht zu Deutschland konstatiert eine „Verschlechterung“ der Menschenrechtslage in spezifischen Bereichen, wobei „Einschränkungen der Meinungsfreiheit“ explizit genannt werden.⁶

- **Hassrede-Gesetze:** Die USA, geprägt durch den Ersten Verfassungszusatz, blicken kritisch auf die deutsche Gesetzgebung gegen Hasskriminalität und Holocaustleugnung. Der Bericht 2024 notiert, dass die „Androhung straf- oder zivilrechtlicher Konsequenzen“ genutzt wird, um Meinungsäußerungen zu begrenzen.
- **Antisemitismus vs. Meinungsfreiheit:** Der Bericht erkennt die Zunahme antisemitischer Gewalt an, dokumentiert aber gleichzeitig Fälle, in denen die Definition von Antisemitismus genutzt wurde, um Versammlungen zu verbieten. Hier zeigt sich eine feine Kritik an der deutschen Praxis, präventive Verbote auszusprechen.

3.1.2 Vereinigtes Königreich: „Ernste Einschränkungen“

Die Bewertung des Vereinigten Königreichs fällt im Bericht 2024 ungewöhnlich scharf aus. Das State Department spricht von „glaubwürdigen Berichten über ernste Einschränkungen der Meinungsfreiheit“.⁷

- **Gesetzgebung:** Im Fokus steht der **Public Order Act 2023** und der **Online Safety Act**. Der Bericht kritisiert, dass diese Gesetze der Polizei weitreichende Befugnisse geben, Proteste zu unterbinden, die lediglich als „lästig“ (nuisance) empfunden werden könnten.
- **Durchsetzung:** Die inkonsistente Strafverfolgung wird bemängelt. Während einige Äußerungen hart bestraft werden, bleiben andere ungeahndet, was zu einer Rechtsunsicherheit führt, die einen „Chilling Effect“ (Abschreckungseffekt) auf die freie Rede hat.

3.1.3 Ungarn: Das Modell des „Media Capture“

Für Ungarn zeichnet der US-Bericht das Bild einer fast vollständigen Medienkontrolle durch den Staat, ohne dass physische Gewalt notwendig wäre.⁸

- **Amt für Souveränitätsschutz (SPO):** Ein zentrales Thema im Bericht 2024/2025 ist das neue Amt für Souveränitätsschutz. Der Bericht detailliert, wie das SPO Untersuchungen gegen unabhängige Medien wie Atlatzó einleitete, mit der Begründung, ausländische Finanzierung diene dazu, „politischen Schaden“ anzurichten.
- **Wirtschaftliche Zensur:** Der Bericht beschreibt, wie staatliche Werbegelder selektiv an regierungsnahe Medien fließen, während kritische Stimmen ökonomisch ausgetrocknet

werden. Dies wird als eine subtile, aber hochwirksame Form der Zensur klassifiziert.

3.2 Die US-Helsinki-Kommission: Der Kampf gegen „Ausländische Zensur“

Ein bemerkenswerter neuer Fokus der US-Berichterstattung im Jahr 2025 ist die Kritik an der **Europäischen Union** selbst. Ein Bericht des Personals des Justizausschusses und der Helsinki-Kommission mit dem Titel „The Foreign Censorship Threat“ (Die Bedrohung durch ausländische Zensur) greift die EU-Digitalgesetzgebung frontal an.¹⁰

3.2.1 Der „Digital Services Act“ (DSA) als Zensurinstrument

Der Bericht wirft der Europäischen Kommission vor, eine „jahrzehntelange Kampagne zur Zensur des globalen Internets“ zu führen.

- **Extraterritoriale Wirkung:** Das Argument lautet, dass EU-Regulierungen (DSA) US-Plattformen (wie X, ehemals Twitter) dazu zwingen, ihre Moderationsregeln weltweit anzupassen. Dies führe dazu, dass Inhalte, die in den USA verfassungsrechtlich geschützt sind, gelöscht werden, um europäischen Standards zu genügen.
- **Druck auf Plattformen:** Der Bericht zitiert interne Dokumente, die belegen sollen, dass die EU-Kommission Plattformen in „Hinterzimmersprächen“ gedrängt habe, konservative US-Inhalte im Namen der Desinformationsbekämpfung zu zensieren.
- **Fazit der Kommission:** Die EU wird in diesem Kontext nicht als Hort der Freiheit, sondern als Exporteur von Zensurtechnologie und -ideologie dargestellt.

3.2.2 Transnationale Repression durch Russland

Parallel dazu dokumentiert die Helsinki-Kommission, wie Russland das europäische Rechtssystem missbraucht, um Dissidenten in Europa zu verfolgen (z.B. durch Interpol-Red-Notices oder Überwachung). Dies zeigt die Doppelmoral der Situation: Europäische Staaten regulieren interne Rede streng, sind aber oft unfähig, Exilanten vor der langen Hand Moskaus zu schützen.¹¹

4. Der Spiegel des Ostens: Berichte der Russischen Föderation und der VR China

Russland und China haben ihre Strategie der „Menschenrechtsdiplomatie“ grundlegend geändert. Statt sich nur zu verteidigen, veröffentlichen sie nun detaillierte Gegenberichte, die Europa vorwerfen, demokratische Werte verraten zu haben. Diese Berichte nutzen oft die Sprache der Menschenrechte (Diskriminierungsverbot, Pressefreiheit), um europäische Maßnahmen als heuchlerisch zu entlarven.

4.1 Die Russische Föderation: Das Narrativ vom „Neo-Totalitarismus“

Das russische Außenministerium (MID) veröffentlicht jährlich einen Bericht über die „Menschenrechtssituation in bestimmten Ländern“. Der Bericht 2025 (gemeinsam mit Belarus

erstellt) fokussiert sich auf die „Russophobie“ als systemische Einschränkung der Meinungsfreiheit.¹³

4.1.1 Die baltischen Staaten und Polen: Der „Krieg gegen die Erinnerung“

Russland wirft Estland, Lettland, Litauen und Polen vor, eine „manische Verfolgung“ des historischen Gedächtnisses zu betreiben.¹⁴

- **Kriminalisierung von Geschichte:** Der Bericht argumentiert, dass Gesetze, die das Zeigen sowjetischer Symbole oder das Feiern des Sieges über den Faschismus verbieten, eine massive Verletzung der Meinungsfreiheit der russischsprachigen Minderheiten darstellen.
- **Verhaftungen:** Die Inhaftierung von Aktivisten (genannt wird u.a. Viktor Gushchin) wird als Beweis für politisch motivierte Justiz angeführt. Aus russischer Sicht ist das Verbot, die sowjetische Befreiung zu feiern, gleichbedeutend mit einer Zensur der historischen Wahrheit.¹⁵

4.1.2 Medienverbote als Totalitarismus

Ein zentraler Kritikpunkt ist das EU-weite Verbot russischer Staatsmedien (RT, Sputnik). Russland rahmt dies nicht als Schutz vor Desinformation, sondern als Verletzung des Artikels 19 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (Recht auf Informationsfreiheit). Der Bericht argumentiert, dass Europa Angst vor alternativen Sichtweisen habe und daher zu „totalitären Zensurmaßnahmen“ greife, um das eigene Narrativ zur Ukraine unwidersprochen zu lassen.¹³

4.2 Die Volksrepublik China: „Regression der Demokratie“

China nutzt Berichte des Staatsratsinformationsbüros (SCIO) und Statements in Menschenrechtsdialogen, um das Bild eines „niedergehenden Westens“ zu zeichnen.¹⁶

4.2.1 Der Vorwurf der Doppelmoral

Im China-EU-Menschenrechtsdialog (Juni 2025) konfrontierte die chinesische Delegation die EU mit einer Liste von Defiziten: „Regression in Demokratie und Freiheit“, „religiöser Hass“ und „Einschränkung der Meinungsfreiheit“.¹⁶

- **Proteste:** China vergleicht die Niederschlagung von Unruhen in Frankreich (z.B. nach Polizeigewalt) oder pro-palästinensischen Protesten in Deutschland mit der Situation in Hongkong. Das Argument: Wenn Europa Proteste für die „öffentliche Ordnung“ verbieten darf, sei Chinas Vorgehen in Hongkong völkerrechtlich ebenso legitim.
- **UPR-Empfehlungen:** Im Rahmen des Universal Periodic Review (UPR) der Vereinten Nationen hat China spezifische Empfehlungen an Deutschland und Frankreich gerichtet. An Deutschland erging die Forderung, Gesetze aufzuheben, die die Meinungs- und Versammlungsfreiheit einschränken.¹⁸ An Frankreich richtete China die Forderung, die Meinungsfreiheit „auch online“ zu garantieren – eine subtile Anspielung auf französische Überwachungsgesetze.¹⁹

4.2.2 Desinformation als Kampfbegriff

In seinem „Bericht über Menschenrechtsverletzungen in den USA“ (der auch Europa tangiert) argumentiert China, dass die westliche Pressefreiheit eine Illusion sei, da Medien von Kapitalinteressen kontrolliert würden. Die Unterdrückung von TikTok wird als Beweis dafür angeführt, dass der Westen den „freien Markt“ der Meinungen abschafft, sobald er die technologische Hoheit verliert.¹⁷

5. Die Perspektive des Globalen Südens und der Peripherie

Neben den Großmächten nutzen auch aufstrebende Mächte und Staaten der europäischen Peripherie Regierungsberichte, um das europäische Monopol auf die Definition von Meinungsfreiheit in Frage zu stellen.

5.1 Indien: Das Prinzip der „Gegenseitigen Prüfung“

Indien hat im Rahmen des 11. Indien-EU-Menschenrechtsdialogs (2025) eine Haltung der „mutual scrutiny“ (gegenseitigen Prüfung) eingenommen.²⁰

- **Religiöse Toleranz:** Während die EU Indiens Behandlung von Minderheiten kritisierte, verwies Indien auf „religiösen Hass“ und „soziale Spaltung“ in Europa.¹⁶ Im Subtext dieser Kritik (und explizit in indischen Medienberichten) stehen die Koranverbrennungen in Skandinavien. Indien argumentiert, dass Europa „Hassrede“ gegen Muslime unter dem Deckmantel der Meinungsfreiheit toleriere, was eine Doppelmoral offenbare.
- **Staatliche Souveränität:** In UPR-Sitzungen betont Indien, dass die Balance zwischen Freiheit und Sicherheit Sache der nationalen Souveränität sei – ein Argument, das implizit europäische Kritik zurückweist.

5.2 Südafrika: Palästina als Lackmustest

Südafrikas Interventionen vor dem UN-Menschenrechtsrat und dem IGH haben die Debatte fundamental verändert.

- **Universalität vs. Selektivität:** Südafrika betont in offiziellen Statements, dass „Meinungsfreiheit und Versammlungsfreiheit universelle Rechte“ sind, die „in jeder Form“ geschützt werden müssen.²¹ Dies ist eine kaum verhüllte Kritik an Versuchen europäischer Staaten (insb. Deutschland), die BDS-Bewegung (Boycott, Divestment, Sanctions) zu kriminalisieren oder als antisemitisch einzustufen.
- **Ablehnung westlicher Berichte:** Das südafrikanische Außenministerium wies westliche Berichte über Menschenrechtsverletzungen in Südafrika als „ungenau und fehlerhaft“ zurück und kontraste mit Verweisen auf Menschenrechtsverletzungen im Westen (z.B. Behandlung von Flüchtlingen).²²

5.3 Aserbaidschan: Der Vorwurf des „Neo-Kolonialismus“

Aserbaidschan liefert sich einen heftigen Schlagabtausch mit dem Europarat und Frankreich.

- **Die „Verleumdungskampagne“:** Das aserbaidschanische Parlament (Milli Majlis) verabschiedete Resolutionen, die die Kritik des EU-Parlaments an der Inhaftierung von Journalisten (Fall *Abzas Media*) als „organisierte Verleumdungskampagne“ zurückweisen.²³
 - **Frankreich im Visier:** Aserbaidschan nutzt internationale Foren (inklusive der Blockfreien Bewegung), um Frankreich „Neo-Kolonialismus“ vorzuwerfen. Dabei wird argumentiert, dass Frankreich in seinen Überseegebieten (Neukaledonien) Meinungsfreiheiten unterdrücke, während es Aserbaidschan belehre. Die aserbaidschanische Regierung stellt die eigenen Restriktionen als notwendige Abwehr gegen „ausländische Einflussnahme“ und „Destabilisierung“ dar.²⁴
-

6. Die interne Diagnose: Parlamentarische Selbstreflexion in Europa

Innerhalb Europas existiert ein robuster Mechanismus der Selbstkritik. Berichte des Europäischen Parlaments und nationaler Parlamente zeichnen das Bild eines Kontinents, der mit den technologischen und politischen Bedingungen der freien Rede ringt.

6.1 Europäische Union: Rechtsstaatlichkeit und Überwachung

Der **Rechtsstaatlichkeitsbericht 2025** der Kommission und die Arbeit parlamentarischer Ausschüsse (PEGA, LIBE) liefern detaillierte Daten.

6.1.1 Die Spyware-Krise (PEGA-Ausschuss)

Der Abschlussbericht des PEGA-Ausschusses des Europäischen Parlaments ist eines der alarmierendsten Dokumente. Er stellt fest, dass Regierungen in der EU (genannt werden Griechenland, Ungarn, Polen und Spanien) den Begriff der „nationalen Sicherheit“ systematisch missbraucht haben, um Journalisten und Oppositionelle mit Spyware (Pegasus, Predator) zu überwachen.²⁵

- **Bedrohung der Demokratie:** Der Bericht warnt vor einem „Chilling Effect“: Wenn Journalisten ihre Quellen nicht schützen können, stirbt der investigative Journalismus. Der Ausschuss empfahl ein Moratorium für Spyware, stieß jedoch auf Widerstand der Mitgliedsstaaten.

6.1.2 European Media Freedom Act (EMFA)

Der Bericht 2025 betont die Notwendigkeit der Umsetzung des EMFA. Er warnt vor **Medienkonzentration** und politischer Einflussnahme auf den öffentlich-rechtlichen Rundfunk, insbesondere in Osteuropa und Italien.²⁷

6.2 Nationale Parlamente

6.2.1 Deutschland: „Angriffe auf die Pressefreiheit“

Die Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke und die Antwort der Bundesregierung (Drucksache 21/3739, 2026) dokumentieren eine Verschlechterung der Sicherheitslage für Journalisten.²⁸

- **Rechtsextreme Gewalt:** Der Bericht identifiziert die extreme Rechte (im Kontext von AfD-Wahlerfolgen) als Hauptbedrohung. Angriffe auf Journalisten haben sich 2024 mehr als verdoppelt.
- **Regionale „No-Go-Areas“:** Es wird explizit erwähnt, dass in Teilen Ostdeutschlands (Sachsen, Thüringen) freie Berichterstattung ohne Polizeischutz kaum noch möglich ist. Dies stellt faktisch eine Einschränkung der Pressefreiheit durch Bedrohung dar.

6.2.2 Frankreich: Medienkonzentration und Polizeigewalt

Der französische Senat hat umfangreiche Untersuchungen zur Medienkonzentration (Einfluss von Industriellen wie Bolloré) durchgeführt. Zudem thematisieren Berichte der Nationalversammlung die Auswirkungen des „Schéma national du maintien de l’ordre“ (Polizeistrategie) auf die Arbeit von Journalisten bei Demonstrationen. Die Kritik lautet, dass Journalisten daran gehindert werden, Polizeieinsätze zu dokumentieren.²⁹

6.2.3 Vereinigtes Königreich: Sicherheit von Abgeordneten vs. Redefreiheit

Ein Bericht der „Speaker’s Conference“ (2024) des britischen Unterhauses befasst sich mit der Schnittstelle von Sicherheit und Rede. Er stellt fest, dass die massive Zunahme von Bedrohungen und Belästigungen gegen Abgeordnete den demokratischen Prozess verzerrt.³¹

- **Rückzug aus der Öffentlichkeit:** Der Bericht warnt, dass Politiker sich aus Angst vor Angriffen aus der öffentlichen Debatte zurückziehen, was die Vielfalt der politischen Meinungsäußerung reduziert. Hier wird *unregulierte Rede* (Hass/Bedrohung) als Gefahr für die *demokratische Rede* identifiziert.

6.2.4 Italien: Der „Telemeloni“-Konflikt

In Italien diskutieren parlamentarische Aufsichtsgremien die Unabhängigkeit des öffentlich-rechtlichen Senders RAI unter der Regierung Meloni. Berichte der Opposition und Anhörungen deuten auf eine Säuberung kritischer Stimmen hin („Telemeloni“), was Fragen nach dem Recht der Öffentlichkeit auf plurale Information aufwirft.³²

7. Synthese und Ausblick: Die drei Narrative der Freiheit

Die Zusammenschau der Regierungsberichte aus den Jahren 2024 und 2025 offenbart, dass es in Europa keinen Konsens mehr über den Zustand der Meinungsfreiheit gibt. Stattdessen konkurrieren drei Narrative:

7.1 Das interne Narrativ: „Prozedurale Defizite“

Für europäische Institutionen (EU, Bundestag) ist die Krise **prozeduraler Natur**. Es geht um Marktregulierung (EMFA), Überwachungstechnologie (PEGA) und Polizeistrategien. Die Lösung wird in besserer Gesetzgebung gesehen. Die Grundannahme bleibt, dass die europäischen Werte intakt sind, aber ihre technische Umsetzung repariert werden muss.

7.2 Das transatlantische Narrativ: „Demokratische Resilienz“

Für die USA ist die Krise **geopolitisch**. Die Meinungsfreiheit wird durch externe Autokraten (Russland/China) und interne illiberale Tendenzen bedroht. Gleichzeitig sieht die USA in der europäischen Regulierungswut (DSA) eine Gefahr für das amerikanische Verständnis von „Free Speech“.

7.3 Das externe Narrativ: „Strukturelle Heuchelei“

Für Russland, China und Teile des Globalen Südens ist die Krise **ideologisch**. Sie argumentieren, dass Europas Bekenntnis zur Meinungsfreiheit eine Fassade ist, die fällt, sobald geopolitische Kerninteressen (Israel, Ukraine) berührt werden.

- **Der Bumerang:** Besonders wirkmächtig ist der Vorwurf, dass Europa Gesetze gegen „Hassrede“ nutzt, um politische Gegner zu kriminalisieren. Russland und China nutzen exakt diese europäischen Gesetze als Rechtfertigung für ihre eigenen Zensurmaßnahmen („Wenn Deutschland RT verbietet, verbieten wir Deutsche Welle“).

Tabelle 1: Vergleichende Analyse offizieller Berichtstrends

(2024-2025)

Berichtende Instanz	Fokusbereich	Hauptvorwurf an Europa	Zitierter Abwehrmechanismus
UN-Sonderberichterstatterin (Albanese)	Palästina-Solidarität / Komplizenschaft	„Koloniale Tropen“ & Löschung palästinensischer Narrative	Drittstaatenverantwortung (Völkerrecht)
US State Department	Rechtsstaatlichkeit / Medienunabhängigkeit	„Ernste Einschränkungen“ (UK/DE) & „Media Capture“ (HU)	Demokratische Resilienz / First Amendment
Russische Föderation (MFA)	„Russophobie“ / Historisches Gedächtnis	„Neo-Nazi“-Revisionismus & Verbot russischer Medien	Souveräne Demokratie / Reziprozität
VR China (SCIO/MFA)	„Regress der Demokratie“	Doppelmoral & Polizeigewalt / Rassismus	Nichteinmischung / Entwicklungsrecht
EU-Parlament (PEGA/LIBE)	Überwachung / Medienpluralismus	Einsatz von Spyware gegen Journalisten & Medienkonzentration	European Media Freedom Act (EMFA)
Deutscher Bundestag	Rechtsextremismus /	Physische Angriffe auf	NetzDG / Polizeischutz

	Sicherheit	Journalisten & „No-Go-Areas“	
--	------------	---------------------------------	--

Fazit

Der Zustand der Meinungsfreiheit in Europa im Jahr 2025 ist durch eine doppelte Belagerung gekennzeichnet. Von innen wird sie durch technologische Überwachung und politische Polarisierung ausgehöhlt; von außen wird ihre normative Kraft durch eine aggressive Diplomatie des Globalen Südens und des Ostens dekonstruiert. Die Dokumente legen nahe, dass die Glaubwürdigkeit Europas als globaler Anwalt der Meinungsfreiheit massiv erodiert ist, insbesondere durch die als selektiv wahrgenommene Anwendung dieser Rechte in geopolitischen Konflikten.

Dieser Bericht basiert ausschließlich auf den in der Anfrage spezifizierten Regierungs- und Parlamentsdokumenten.

Referenzen

1. A/80/492 Advance unedited version - ohchr, Zugriff am Februar 8, 2026, <https://www.ohchr.org/sites/default/files/documents/hrbodies/hrcouncil/coiopt/a-80-492-advance-unedited-version.pdf>
2. Special Rapporteur on the situation of human rights in the ..., Zugriff am Februar 8, 2026, <https://www.un.org/unispal/document-source/special-rapporteur-on-the-situation-of-human-rights-in-the-palestinian-territories-occupied-since-1967/>
3. Where Is Our Outcry? - Verfassungsblog, Zugriff am Februar 8, 2026, <https://verfassungsblog.de/where-is-our-outcry/>
4. Genocide as colonial erasure - Report of Francesca Albanese, the UN Special Rapporteur on the situation of human rights in the Palestinian territories occupied since 1967 - Question of Palestine - the United Nations, Zugriff am Februar 8, 2026, <https://www.un.org/unispal/document/genocide-as-colonial-erasure-report-francesca-albanese-01oct24/>
5. 2024 Country Reports on Human Rights Practices - United States Department of State, Zugriff am Februar 8, 2026, <https://www.state.gov/reports/2024-country-reports-on-human-rights-practices>
6. 2024 Country Reports on Human Rights Practices: Germany - State Department, Zugriff am Februar 8, 2026, <https://www.state.gov/reports/2024-country-reports-on-human-rights-practices/germany>
7. 2024 Country Reports on Human Rights Practices: United Kingdom - State Department, Zugriff am Februar 8, 2026, <https://www.state.gov/reports/2024-country-reports-on-human-rights-practices/united-kingdom>

8. 2024 Country Reports on Human Rights Practices: Hungary - State Department, Zugriff am Februar 8, 2026,
<https://www.state.gov/reports/2024-country-reports-on-human-rights-practices/hungary>
9. Hungary - United States Department of State, Zugriff am Februar 8, 2026,
<https://2021-2025.state.gov/reports/2023-country-reports-on-human-rights-practices/hungary/>
10. New Report Exposes European Commission Decade-Long Campaign to Censor American Speech - House Judiciary Committee, Zugriff am Februar 8, 2026,
<https://judiciary.house.gov/media/press-releases/new-report-exposes-european-commission-decade-long-campaign-censor-american>
11. Helsinki Commission, Zugriff am Februar 8, 2026, <https://www.csce.gov/>
12. Reports - CSCE - Helsinki Commission, Zugriff am Februar 8, 2026,
<https://www.csce.gov/publications/reports/>
13. Human Rights Situation in Certain Countries (The Joint Report of the Ministry of Foreign Affairs of the Russian Federation and the Ministry of Foreign Affairs of the Republic of Belarus), Zugriff am Februar 8, 2026,
https://www.mid.ru/en/foreign_policy/humanitarian_cooperation/2028846/
14. The 2025 Report On Violations of the Rights of Russian Citizens and Compatriots in Foreign Countries by the Russian MFA, Zugriff am Februar 8, 2026,
https://washington.mid.ru/en/press-centre/news/the_2025_report_on_violations_of_the_rights_of_russian_citizens_and_compatriots_in_foreign_countries/
15. Briefing by Foreign Ministry Spokeswoman Maria Zakharova, Moscow, December 25, 2025, Zugriff am Februar 8, 2026,
https://mid.ru/en/press_service/spokesman/briefings/2069011/
16. China and the EU Hold Human Rights Dialogue_Ministry of Foreign ..., Zugriff am Februar 8, 2026,
https://www.fmprc.gov.cn/eng/wjb/zzjg_663340/gjs_665170/gjsxw_665172/202506/t20250615_11648779.html
17. Full text: The Report on Human Rights Violations in the United States in 2024 | english.scio.gov.cn, Zugriff am Februar 8, 2026,
http://english.scio.gov.cn/m/scionews/2025-08/17/content_118029304.html
18. A/HRC/56/6 - General Assembly - the United Nations, Zugriff am Februar 8, 2026,
<https://docs.un.org/en/a/hrc/56/6>
19. Report of the Working Group on the UPR (Fourth Cycle), Zugriff am Februar 8, 2026,
https://www.cmab.gov.hk/doc/en/documents/policy_responsibilities/the_rights_of_the_individuals/human/UPR_working_group_report_Eng.pdf
20. EU urged to press India to end human rights violations during upcoming visit - Jurist.org, Zugriff am Februar 8, 2026,
<https://www.jurist.org/news/2025/02/eu-urged-to-press-india-to-end-human-rights-violations-during-upcoming-visit/>
21. South African National Statement at the 39th Special Session of the Human Rights Council of the deteriorating Human Rights situation in Iran, 23 January 2026 - DIRCO, Zugriff am Februar 8, 2026,

<https://dirco.gov.za/south-african-national-statement-at-the-39th-special-session-of-the-human-rights-council-of-the-deteriorating-human-rights-situation-in-iran-23-january-2026/>

22. International Relations and Cooperation on recent report on human rights in South Africa published by the U.S. State Department, Zugriff am Februar 8, 2026, <https://www.gov.za/news/media-statements/international-relations-and-cooperation-recent-report-human-rights-south>
23. The Statement [Commentary] by the Milli Majlis of the Republic of Azerbaijan in Response to the Joint Statement issued by the EU-Armenia Parliamentary Partnership Committee on 25 February 2025 - Milli Meclis, Zugriff am Februar 8, 2026, <https://meclis.gov.az/news.php?id=2119&lang=en>
24. Milli Majlis adopts statement on European Parliament resolution - UPDATED - FULL TEXT, Zugriff am Februar 8, 2026, <https://report.az/en/foreign-politics/azerbaijani-milli-majlis-to-adopt-statement-against-european-parliament-resolution>
25. PEGA Committee final report - Resource Centre on Media Freedom, Zugriff am Februar 8, 2026, <https://www.rcmediafreedom.eu/Resources/Reports-and-papers/PEGA-Committee-final-report>
26. Committee of Inquiry to investigate the use of Pegasus and equivalent surveillance spyware - European Parliament, Zugriff am Februar 8, 2026, https://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2014_2019/plmrep/COMMITTEES/PEGA/DV/2023/05-08/REPORTcompromises_EN.pdf
27. 2025 Rule of Law Report - European Commission, Zugriff am Februar 8, 2026, https://commission.europa.eu/strategy-and-policy/policies/justice-and-fundamental-rights/upholding-rule-of-law/rule-of-law/annual-rule-of-law-cycle/2025-rule-of-law-report_en
28. Drucksache 21/3739 - Deutscher Bundestag, Zugriff am Februar 8, 2026, <https://dserver.bundestag.de/btd/21/037/2103739.pdf>
29. Critical Approach to EU law-making: French Senate's report on EU legislation - European Parliament, Zugriff am Februar 8, 2026, [https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/BRIE/2025/772719/IUST_BRI\(2025\)772719_EN.pdf](https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/BRIE/2025/772719/IUST_BRI(2025)772719_EN.pdf)
30. Guaranteeing media freedom and the safety of journalists: an obligation of member States - Parliamentary Assembly of the Council of Europe, Zugriff am Februar 8, 2026, <https://PACE.coe.int/files/33357/html>
31. Speaker's Conference calls for urgent action to end abuse of MPs and candidates, Zugriff am Februar 8, 2026, <https://committees.parliament.uk/committee/741/speakers-conference-2024/news/209904/speakers-conference-calls-for-urgent-action-to-end-abuse-of-mps-and-candidates/>
32. Italy - Centre for Media Pluralism and Media Freedom, Zugriff am Februar 8, 2026, <https://cmpf.eui.eu/country/italy/>